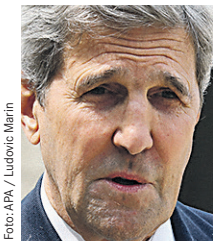
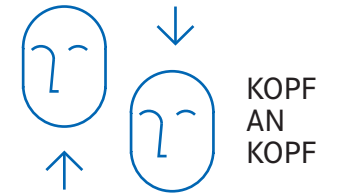


Cartoons für Kinder

2021 wird das „Internationale Jahr zur Abschaffung der Kinderarbeit“; für @Cartoons4-Change werden 365 Karikaturisten aus aller Welt jeden Tag des Jahres gegen Kinderarbeit anzeichnen.



John Kerry

wird Klimaschutz-Beauftragter.

Der gewählte US-Präsident Joe Biden hat vergangenen Montag die ersten Kandidaten für Schlüsselposten in seiner künftigen Regierung benannt. Eine Überraschung ist die Rückkehr von Ex-Außenminister John Kerry als Sonderbeauftragter für das Klima im Nationalen Sicherheitsrat des Weißen Hauses. Biden will, dass die USA eine globale Führungsrolle beim Klimaschutz übernehmen.



Elon Musk

hat Bill Gates überholt.

Der Höhenflug des US-Elektroauto-bauers Tesla an der Börse lässt das Vermögen von Firmenchef Elon Musk weiter steigen. Dem Milliarden-Ranking „Bloomberg Billionaires Index“ zufolge überholte der 49-jährige Starunternehmer den Microsoft-Mitgründer Bill Gates und gilt nun als zweitreichster Mensch der Welt. Amazon-Gründer Jeff Bezos führt das Ranking unangefochten an.



Nicolas Sarkozy

muss vor Gericht aussagen.

Der frühere französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy steht wegen Bestechungsverdachts in Paris vor Gericht. Er soll 2014 versucht haben, über seinen Anwalt von einem hohen Juristen beim Kassationsgericht Ermittlungsgeheimnisse zu erlangen. Angeklagt sind auch Sarkozys langjähriger Anwalt Thierry Herzog und Gilbert Azibert, früherer Generalanwalt beim Kassationsgericht.

Die Schweizer stimmen am Sonntag darüber ab, ob Konzerne mit Sitz in der Schweiz für Menschenrechte und Umweltschutz in ihren Lieferketten verantwortlich sind. Was heißt das für Österreich?

Konzerne an die §-Kette

Von Wolfgang Machreich

Im Anhang zu seinem Stück „Die Physiker“ schreibt der Schweizer Dramatiker Friedrich Dürrenmatt: „Der Inhalt der Physik geht die Physiker an, die Auswirkung alle Menschen.“ Das Gleiche lässt sich über die Wirtschaft und die in ihr tätigen Unternehmen sagen – nicht nur, aber auch in der Schweiz. Mit der „Konzernverantwortungsinitiative“, über die kommenden Sonntag abgestimmt wird, sollen Konzerne mit Sitz in der Schweiz bei weltweiten Verstößen gegen Menschenrechte und Umweltschutz vor Schweizer Gerichten zur Verantwortung gezogen werden können. Hinter dem Volksbegehren steht eine breite Allianz: 130 Menschenrechts- und Umweltorganisationen stehen dahinter, selbst viele Unternehmer und Politiker aller Parteien.

Ökumenisch-ökonomisch vereint

Und auch die Schweizer Kirchen sind in dieser Sache ökumenisch-ökonomisch vereint. „Weil Schweizer Konzerne internationale Standards weltweit einhalten sollen“, wirbt der Züricher Bischof dafür. „Weil globales Handeln globale Verantwortung mit sich bringt“, fordert der Schweizer Jesuiten-Provinzial. „Weil alles andere der Schweizer Wirtschaft nicht ansteht“, erklärt die Pfarrerin von Tann. Ob sie da neidisch in die Schweiz schaue, fragt die FURCHE die SPÖ-Entwicklungssprecherin Petra Bayr: „Ja“, antwortete sie, „und nicht nur wegen der wichtigen Initiative, sondern vor allem we-

gen der tollen Verbündeten, die sich dafür starkmachen.“

In Frankreich, den Niederlanden, Großbritannien gibt es bereits Gesetze, die Unternehmen zur Einhaltung von Menschenrechten und Umweltschutzstandards in ihren Lieferketten verpflichten, Bußen eingeschlossen. In Deutschland soll alsbald ein „Lieferketten-gesetz“ Unternehmen an die Justiz-Kette nehmen, da die freiwillige Selbstregulierung nicht funktioniert habe. „Alle diese Initiativen basieren darauf“, sagt Bayr, „dass wir Menschenrechtsverletzungen nicht länger auslagern

„Ich schau neidisch in die Schweiz – wegen der Initiative und wegen der tollen Verbündeten, die sich dafür starkmachen.“

können.“ Die Vereinten Nationen lobbyieren auch in diese Richtung, haben 2021 zum „Internationalen Jahr zur Abschaffung der Kinderarbeit“, des schlimmsten Auswuchses globaler Gewinnmaximierung, ausgerufen. Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sind über 152 Millionen Kinder von Kinderarbeit betroffen. Der guatemaltekeische Kinderrechte-Aktivist Fernando Morales-de la Cruz rechnet der FURCHE detailliert vor, dass die Gesamtzahl der arbeitenden Kinder jedoch bei knapp 300 Millionen liegen dürfte. In seiner Initiative „Cartoons For Change“ versammelt er über 365 Karikaturisten weltweit, die

mit ihren Bildern 2021 gegen Kinderarbeit protestieren und fordern werden, dass Regierungen diese ächten, Großkonzerne Kinderarbeit in ihren Lieferketten stoppen.

Österreich hinkt diesem Trend zu Konzernverantwortungsgesetzen hinterher. Im Mai hat die SPÖ den Entwurf für ein „Sozialverantwortungsgesetz“ eingebracht. „Damit sollen Textilien und Schuhe aus ausbeuterischer Kinderarbeit vom österreichischen Markt verbannt werden“, sagt Bayr und fordert: „Die österreichische Regierung muss sich endlich konstruktiv zeigen und anerkennen, dass freiwillige Maßnahmen nicht ausreichen.“ Gudrun Kugler, Menschenrechtssprecherin der ÖVP, ebenfalls danach gefragt, ob sie neidisch in die Schweiz schaue, antwortet: „Das ist nicht nötig“, internationale Verantwortung sei sowohl im Regierungsprogramm als auch in der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit verankert. Den Vorschlag zum Sozialverantwortungsgesetz für Textil und Schuhe lehnt sie ab, weil es „den österreichischen Handel in eine Kontrollpflicht nimmt, die er auf einem globalen Markt alleine nicht erfüllen kann“. Kugler plädiert stattdessen „für eine gemeinsame EU-Vorgehensweise zur Einhaltung menschenrechtlicher, sozialer und umweltbezogener Standards in der Lieferkette“. Für europäische Harmonisierung und gegen den Schweizer Alleingang plädiert auch Hans Jöhr, Landwirtschaftschef von Nestlé, in einem Beitrag des Schweizer Fernsehens zur Konzernverantwortungsinitiative. Ob ihm das Schweizer Wahlvolk, das ansonsten sehr gern und sehr stolz auf seinen eigenen Weg ist, da folgt, wird sich am Sonntag zeigen.

JOURNAL IN KÜRZE

POLITIK

■ **Corona-Tests und -Impfungen**

Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) hat nach einem Gespräch der Regierung mit den Landeshauptleuten für die Corona-Massentests gewonnen: „Auf dem Weg zurück zur Normalität sind in den kommenden Wochen und Monaten Massentest und Impfungen die zwei entscheidenden Faktoren“, heißt es in einem schriftlichen Statement. Kurz betonte, dass mit den Massentests noch vor Weihnachten begonnen werde. Voraussichtlich würden dann bereits im Jänner einige 100.000 Dosen Impfstoff geliefert: „Zunächst wollen wir die Risikogruppen und medizinisches Personal sowie Mitarbeiter in Pflegeheimen impfen und dann in die breite Masse gehen.“ Die

Erfahrungen und die Struktur für die Massentests sollten dann auch für die Impfung genutzt werden. Dazu soll diese Woche im Ministerrat ein Impfplan auf den Weg gebracht werden. Derzeit geht man in der Regierung von der Zulassung erster Impfstoffe noch vor Weihnachten aus. Diese würden dann in Tranchen geliefert. Sowohl bei den Massentests als auch bei der Covid-19-Impfung sei Freiwilligkeit das Grundprinzip, bekräftigte Gesundheitsminister Rudolf Anschober (Grüne). Allerdings sagte er auch, dass es bereits jetzt in bestimmten Bereichen Vorgaben gebe, etwa in Alten- und Pflegeheimen als Alternative zu Tests die Verpflichtung zum Tragen von FFP2-Masken. „Schon jetzt ist in bestimmten Bereichen festgeschrieben, was die Alternative ist“, so Anschober.

POLITIK

■ **Plan für Regierungs-PR**

Die Regierung sucht eine Werbe-Agentur, die ihre Politik bis zur nächsten Wahl 2024 ins rechte Licht rücken soll. Laut einer Ausschreibung sollen in den nächsten vier Jahren bis zu 30 Millionen Euro für „Kreativagenturleistungen“ fließen. Als Themenschwerpunkt wird der Klimaschutz genannt, insbesondere die „Verkehrswende“. Die Frist läuft bis 10. Dezember; die Rahmenvereinbarung soll bis Ende Mai 2021 abgeschlossen werden. Wie die Bundesbeschaffung GmbH gegenüber der Tageszeitung Standard bestätigt, ist es der erste derartige Werbeetat einer Regierung. Die Opposition reagiert empört und spricht von Selbstbeweihräucherung.

INTERNATIONAL

■ **USA: Amtsübergabe an Biden**

Nach einer wochenlangen Hängepartie kann in den USA das Verfahren zur geordneten Machtübergabe an den gewählten Präsidenten Joe Biden beginnen. Er habe die Behörden und seine Mitarbeiter angewiesen, mit Biden zu kooperieren, teilte der amtierende Präsident Donald Trump auf Twitter mit. Kurz zuvor hatte die Verwaltungsbehörde GSA Biden als offenkundigen Wahlsieger eingestuft. Sie übermittelte das entscheidende Schreiben an Biden, nachdem der wichtige Bundesstaat Michigan am 23.11. den dortigen Sieg des Demokraten bestätigt hatte. Trump weigert sich bislang aber weiterhin, seine Wahlniederlage einzuräumen.